

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2100

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Bericht über das Ergebnis der Beratungen  
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter    Abgeordneter Heinrich Meyers    CDU

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird unverändert angenommen.



## Bericht

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 - Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - in seiner Sitzung am 18. Juni 1997 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Die CDU-Fraktion betonte, sie habe bereits im vergangenen Jahr deutlich auf die Vorausschaubarkeit der Entwicklung des Einnahmerückganges hingewiesen. Jetzt gelte es konkret zu erfahren, wie sich die Kürzungen trennscharf darstellen. Die Fraktion erwarte konkrete Aussagen im einzelnen zu allen betroffenen Bereichen.

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung erläuterte, in den letzten zwei Jahren seien die Steuereinnahmen deutlich geringer ausgefallen, als dies nach den gesamtwirtschaftlichen Daten zu erwarten war. Mit der Vorlage des Nachtragshaushaltsgesetzes werde das Land NRW mit seinen Möglichkeiten einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der finanzpolitischen allgemeinen Krise leisten. Hierbei sei hervorzuheben, daß die Deckungslücke nicht über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme geschlossen werden soll. Der Einzelplan 05 werde seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung über die Beteiligung an der globalen Minderausgabe in Höhe von 10,5 Millionen DM erbringen. Das absolute Ausgaben-Soll der Einzelpläne sei nicht das Kriterium, das für die Aufteilung der globalen Minderausgaben auf die jeweiligen Ressorts maßgeblich sei. Der Schlüssel bestimme sich vielmehr nach den vorhandenen disponiblen Mitteln. Diese betragen im Einzelplan 05 etwa 170 Millionen DM.

Nicht erfaßt von den globalen Minderausgaben werden die Haushaltspositionen bei den Grund- und Sonderschulen "Schule von acht bis eins" und "Geld statt Stellen". Mit beiden großen Haushaltspositionen werde direkt und indirekt Arbeit finanziert.

Mit Einschränkungen sei zu rechnen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Landesjugendplan, Aus- und Fortbildung, Reisekosten für Schulwanderungen und Schulfahrten, Silentien, Schul- und Modellversuche. Auch die Landeszentrale für politische Bildung könne nicht ausgenommen werden.

Die Ausgaben beim BaföG werden um 5 Millionen DM gekürzt, um den Mehranteil an Kosten bei der Unterhaltsbeihilfe zu decken.

Insgesamt könne festgestellt werden, daß auch nach den Einschnitten des Nachtragshaushaltsgesetz 1997 die Bildung Priorität im Landeshaushalt genieße.

Die SPD-Fraktion begrüßte, daß ein gemeinsames Verfahren für den Nachtrag noch vor der Sommerpause geschaffen wurde. Mit einem finanziellen Einschnitt von 10,5 Millionen DM stehe der Einzelplan 05 im Vergleich zu anderen Haushalten günstig dar. Die Fraktion sei froh, daß die Bereiche "Verlässliche Halbtagschule" und "Geld statt Stellen" von den Kürzungen ausgenommen sind. Unvermeidliche finanzielle Reduzierungen würde die Fraktion in der Öffentlichkeit vertreten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies darauf hin, daß der Nachtragshaushalt die Folge von sich stetig mindernden Einnahmen aus Steuern und einer verfehlten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Im übrigen schließe sie sich der Einschätzung der Ministerin für Schule und Weiterbildung an.

Änderungsanträge wurden nicht gestellt.

Heinrich Meyers  
Vorsitzender